

08.09.2015

Vorlage für die Sitzung des Europaausschusses  
am

## **Änderungsantrag**

der Fraktion der PIRATEN

**Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein,  
Deutschland und Europa – Asylgesetzgebungen anpassen**

**zu Drucksache 18/2382**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- proaktiv in enger Abstimmung mit den zuständigen Gemeinden weitere Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein zu planen und die Kommunen bei der Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber vor Ort wirksam zu unterstützen;
- die Kommunen bei der Schaffung von geeignetem und bezahlbarem Wohnraum für Flüchtlinge und Asylanten mit Aufenthaltserlaubnis wirksam zu unterstützen;
- die institutionellen Mittel des Vereins lifeline e. V., dem Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, aufzustocken, um die Fortsetzung der Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, unter anderem durch Vermittlung von Vormundschaften, auch in der Zukunft sicherzustellen;

- 
- wie auch in den Vorjahren durch Erlass des Innenministeriums und Versprechen des Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung vom Februar 2015 ein formellen Abschiebungsstopp nach § 60a Abs. 1 Aufenthaltsgesetz ("Wintermoratorium") entsprechend dem Vorjahr 2014/2015 für den bevorstehenden Winter 2015/2016 zu erlassen. Mindestens bis zum 1. April 2016 sollen keine Angehörigen ethnischer Minderheiten in die Staaten Serbien, Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Albanien abgeschoben werden. Gerade in der kalten Jahreszeit könnte eine Abschiebung dazu führen, dass insbesondere schutzbedürftige Menschen nicht ausreichend versorgt würden und eine Rückführungen in Würde und Sicherheit somit nicht gewährleistet wäre.

Angelika Beer

Torge Schmidt  
und Fraktion